



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

snd/IV/10

Hannover, 24. Januar 1949

Der grosse Wiederebruch

Die folgenden Ausführungen lehnen sich eng an einen Teil der Rede an, die Erich Ollenhauer vor dem Parteivorstand und Parteiführerschaft in Iserlohn gehalten hat.

Die Tatsache der wechselseitigen Abhängigkeit der deutschen von der internationalen Entwicklung wurde in letzter Zeit bei der Verkündung des Ruhrstatutes besonders augenfällig. Die erste Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei, die inzwischen von den leitenden Parteikörperschaften gebilligt worden ist, hat eine gewisse Überraschung hervorgerufen, obwohl dazu eigentlich für niemanden ein Anlass vorlag, der die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei zur Ruhrfrage seit dem Jahre 1945 aufmerksam verfolgt hat.

Die Schärfe der Ablehnung des Ruhrstatutes beruht auf einer sehr eingehenden Prüfung des Abkommens. Versuche, in diesem Statut wesentliche positive Möglichkeiten zu finden, die die schweren Einschränkungen der deutschen Arbeitsmöglichkeiten durch konkrete Hinweise auf eine vernünftige übergeordnete Regelung aufwiegen könnten, verliefen absolut negativ. Deshalb ist es auch falsch, zu sagen, dass diese Ablehnung nur auf der taktischen Überlegung beruht, einen möglichen deutschen Nationalismus das Wasser abzugraben, dass aber in Wirklichkeit die Schärfe der Ablehnung keine Begründung im Text selbst findet.

Nach gewissen Bestimmungen der seinerseitigen Londoner Beschlüsse, die sich auf das Ruhrstatut bezogen, musste man die Vorstellung haben, die vorgesehene Ruhrkommission werde sich auf eine Kontrolle der Verteilung der Ruhrprodukte, also in erster Linie Kohle, Stahl und Eisen, zu beschränken haben. Davon kann heute überhaupt nicht mehr die Rede sein. Nach dem Statut kann die Ruhrbehörde den massgebenden Einfluss auf Art und Umfang der Produktion nicht nur an der Ruhr, sondern im ganzen deutschen Wirtschaftsgebiet nehmen. Die Kommission besitzt ausserdem weitgehende Eingriffsmöglichkeiten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens (z.B. in Fragen des Transportes, der Transporttarife, der Zölle), die kein wirtschaftliche Massnahmen der Bundesregierung daraufhin untersuchen,

ob bestimmte Massnahmen nicht die Leistungen an der Ruhr beeinträchtigen oder behindern. Das sind sehr allgemein gehaltene Bestimmungen. Aber gerade darin liegt vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft aus eine grosse Gefahr. Im Ruhrstatut wird auch in keinem Punkt auf das Gesetz 75 Bezug genommen, in dessen Präambel klar gesagt war, dass das Eigentum an Kohle, Stahl und Eisen in deutschem Besitz verbleiben und dass über die Eigentumsform ein demokratisch gewähltes deutsches Parlament zu entscheiden habe. Nach dem Ruhrstatut ist es sehr leicht möglich, dass eine Mehrheit in der neuen Kommission sich auf den Standpunkt stellt, dass eine so einschneidende Veränderung der Besitzform, wie sie etwa die Sozialisierung von Kohle und Stahl darstellen würde, eine derartige Beeinträchtigung der Produktion ist, dass sie aus diesem Grunde nicht genehmigt werden kann.

Natürlich kann man sagen, es sei nicht richtig, stets mit dem Schlimmsten zu rechnen. Aber die bisherigen Erfahrungen mit einer Vertrötung auf eine liberale Auslegung von Militärregierungs-Gesetzen oder internationalen Vereinbarungen können nicht optimistisch stimmen. Deshalb ist auch von sozialdemokratischer Seite mit allem Nachdruck erneut die Forderung nach einer Revision des Ruhrstatuts mit der zusätzlichen Bemerkung gestellt worden, dass wir den Kampf um die Sozialisierung fortsetzen werden. Gewisse inoffizielle englische Versicherungen, dass die Präambel des Gesetzes 75 durch die Bestimmungen des Ruhrstatuts nicht berührt werde, können demgegenüber nur geringes Gewicht haben. Sehr bemerkenswert ist, dass es im ganzen Statut keine einzige Bestimmung über irgendeine effektive demokratische Kontrolle gibt und dass zweitens an keiner Stelle ein unparteiisches Schiedsgericht für den Fall von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kontrollbehörde und den Deutschen vorgesehen ist.

Es ist dann gesagt worden, man müsse doch anerkennen, dass die Ruhrbehörde ein erster praktischer Schritt zu einer echten internationalen Kontrolle sei. Das ist einfach nicht wahr. International ist sie nur insoweit, als fünf andere Mächte sich darüber verständigt haben, wie sie die Deutschen gemeinsam kontrollieren und nichts anderes. Auch die optimistischsten Beurteiler des Ruhrstatuts werden nicht behaupten wollen, dass dieses Dokument aus dem Bestreben geboren wurde, dem berechtigten französischen Sicherheitsbedürfnis zu entsprechen. Viel schwerer wiegt, dass man den Franzosen damit die erstrebte Vormachtstellung der französischen Stahlindustrie gegenüber der deutschen sichern wollte, und solange das Statut bestehen bleibt, auch sichern wird. Praktisch ist das Ruhrstatut also vielmehr der Versuch einer Stabilisierung mehrerer nationaler Wirtschaften auf Kosten einer einzigen, nämlich der deutschen.

Das Ruhrstatut und seine Behörde werden, wenn sie anfangen zu arbeiten, ausserdem eine geradezu lebensgefährliche Belastung der deutschen Demokratie darstellen, vor allem in Fragen der innerdeutschen sozialen Auseinandersetzung. Wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Monaten schwere soziale Auseinandersetzungen erleben. Die zusätzliche Gefahr, die durch das Statut entsteht, liegt darin, dass die Arbeiter an der Ruhr, von deren Leistung das ganze Abkommen doch zuletzt abhängt, sich in ihrem

Kampf um ihre sozialen Rechte in entscheidenden Punkten einem ausländischen Partner gegenübersehen. Die Geschichte unserer jüngsten Vergangenheit zeigt aber, dass die Belastung mit sozialen Auseinandersetzungen, wenn sie mit der nationalen Abwehr ausländischer Eingriffe verknüpft wird, in einem Volk geradezu explosive Wirkungen haben kann. Es ist unrealistisch, sich in einer solchen Situation auf tröstende Versprechungen zu verlassen.

Es wird in diesem ganzen Zusammenhang auch darauf hingewiesen, dass künftig drei unter fünfzehn Stimmen durch Deutsche vertreten sein werden - wenn einmal eine deutsche Regierung vorhanden ist und das Statut angenommen hat. Theoretisch ist das richtig. Der Hinweis aber, dass in vielen praktischen Fällen sicher die englischen oder die amerikanischen Stimmen mit den deutschen gegen die Franzosen gehen würden, ist keine beruhigende Zusage, ganz abgesehen davon, dass es eine Sache von höchst fragwürdigem Wert wäre, eine deutsche Politik treiben zu wollen, die in der Hoffnung auf Gegensätze zwischen den Alliierten besteht. Das wäre alles andere als eine europäische Politik, wie sie überall verlangt wird, und sie wäre außerdem für Deutschland doppelt gefährlich, das sich ohnehin zwischen zwei Weltsteinen befindet. Auch der Einwand, dass man das Ruhrstatut, so wie es ist, mit Rücksicht auf die echten demokratischen Kräfte in Frankreich annehmen musste, ist wenig überzeugend. Uns scheint vielmehr, dass die Gefahr einer Radikalisierung Westdeutschlands durch das nun angenommene Ruhrstatut sehr viel unmittelbarer und in ihren Wirkungen auch sehr viel nachhaltiger sein kann.

Eine wirkliche Lösung des ganzen Problems scheint jedenfalls nur dann möglich, wenn man sich entscheidet, den Sicherheitskomplex und den Komplex der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit klar voneinander zu trennen. Kontrolle gegen eine deutsche Aufrüstung - selbstverständlich kann es dagegen nirgends eine Opposition geben. Aber wirtschaftliche Zusammenarbeit lässt sich viel leichter durch einen sechlichen Interessenausgleich finden, mit dem der Sicherheitskomplex verbunden werden dürfte. Das Ruhrstatut erscheint uns als ein neuer Beweis dafür, dass die erstrebte europäische Wirtschaftseinheit, wie sie vor allem im Marshallplan als unerlässliche Förderung aufgestellt ist, zuletzt nicht auf der Basis des Verbittnisses von Siegern und Besiegten entwickelt werden kann, vielmehr nur auf der Basis einer echten Zusammenarbeit der beteiligten europäischen Völker. Dass mit dieser Feststellung in keiner Weise der Versuch verbunden ist, sich vernünftigen Verpflichtungen durch Wiedergutmachung zu entziehen, ist oft genug gesagt worden.

"Ministerium für Besatzungsangelegenheiten"

sp. Der Aussenpolitische Ausschuss der SPD befasste sich in seiner Sitzung in Iserlohn vor allem mit organisatorischen Fragen. Wie wir erfahren, bestand Einmütigkeit darüber, dass in der kommenden provisorischen westdeutschen Regierung ein "Ministerium für Besatzungsangelegenheiten" geschaffen werden sollte, weil der Umfang der zwischen dieser künftigen Regierung und den Besatzungsmächten zu regelnden Fragen eine solche Zusammenfassung notwendig erscheinen lässt.

- o - o - o -

Nach dem Vorliegen des endgültigen Entwurfs zum Grundgesetz werden der Parteivorstand und die Fraktion des Parlamentarischen Rates, vielleicht unter Hinzuziehung des Parteiausschusses, vermutlich noch einmal zu einer abschliessenden Beratung zusammentreten.

- - - - -

Queuille fester im Sattel

Von Alfred Frisch, Paris

Als die Regierung Queuille im September letzten Jahres nach beängstigenden Wochen politischer Unsicherheit gebildet wurde, hätte niemand geglaubt, daß sie vier Monate später noch fest im Sattel sitzen würde. Am politischen Horizont sind keine Anzeichen einer etwaigen Regierungskrise zu entdecken. Aller Voraussicht nach wird es außer der jetzigen Regierung vergönnt sein, das Staatsschiff zumindest bis zum Frühjahr lenken zu dürfen. Welchen Umständen ist dieser - auch für Europa - erfreuliche Erfolg zu verdanken?

Wenn der Ministerpräsident auch keine starke Persönlichkeit ist, so verfügt er doch über alle nützlichen Eigenschaften eines geschickten Taktikers. In der französischen Politik stießen starke Persönlichkeiten meist auf größere Widerstände als der Durchschnittsparlamentarier, von dem man keine Umwälzung der von allen geliebten Routine zu fürchten hat.

Die Regierung Queuille hat sich ihrer Aufgabe außerdem recht gut entledigt. Der kommunistischen Ansturm gegen die Republik wurde energisch und maßvoll abgeschlagen. Das Budget ist ausgeglichen, die Steuerréform unter Dach und Fach, die Reorganisation der verstaatlichten Unternehmen und der Sozialversicherung in Vorbereitung. Der Staat hat bewiesen, daß es ihm mit den Sparmaßnahmen ernst ist, wenn auch noch nicht alles in bester Ordnung erscheint. Der wichtigste Erfolg war zweifellos die Mitte Januar aufgehaltene Gefahr neuer Lohnerhöhungen, die nur eine weitere Inflationswelle mit verhängnisvollen Folgen ausgelöst hätten. Erleichtert wurde dies durch die Nachgiebigkeit der verbittert liberalistischen Radikalsozialisten in der Frage der staatlichen Preiskontrolle.

Diese Erfolge allein hätten nicht genügt, um die Stabilität der Regierung zu sichern. Ministerpräsident Queuille profitiert weit eher von der erstaunlichen Müdigkeit der breiten Massen, die sich sowohl auf das kommunistische als auch das gaullistische Lager die bisher agilen Faktoren - erstreckt. Den mehrheitlich kleinbürgerlichen Anhängern fehlt die Begeisterung. Es zeigt sich immer mehr, daß der Gaullismus, dessen autoritäre Tendenzen der französischen Tradition widerstreben, nur als letzter Ausweg in der Not, sei es gegen den Kommunismus, sei es gegen das wirtschaftliche Chaos, Erfolgsaussichten hat. Kann sich die Regierung mit ihrer jetzigen Preis- und Lohnpolitik durchsetzen, dürfte das Land die letzte, gefährliche Klippe seiner Nachkriegsentwicklung hinter sich haben.

Sozialisten und Volksrepublikaner sind mehr oder weniger an die Regierungskoalition gefesselt, denn verfrühte Neuwahlen könnten ihnen nur verhängnisvoll werden. Allein der Erfolg der Regierungspolitik ermöglicht es ihnen, den in den letzten Jahren verloren gegangenen Boden wenigstens teilweise zurückzuerobern. Die Volks-

republikaner sind dem Rufe General de Gaulles zur erneuten Zusammenarbeit nicht gefolgt, sie durften ihm nicht folgen, weil sie sonst ihre treuesten, in den christlichen Gewerkschaften zusammengefaßten, Mitglieder verloren hätten.

Die stärkste Stütze der Regierung Queuille sind augenblicklich die Radikalsozialisten, die seit den Wahlen zum Rat der Republik in einer Art Siegesrausch leben. Sie kristallisieren sich immer deutlicher zum hauptsächlichen Gegenspieler des Gaullismus heraus. Ihre große Hoffnung ist die Wiedereroberung der entscheidenden Stellung, die sie in der dritten Republik inne hatten, und sie wissen sehr wohl, daß sie hierfür vor allem den gaullistischen Widerstand brechen müssen. Ihr vorübergehendes, realistisches Bekenntnis zur Wirtschaftskontrolle erleichtert entscheidend ihre Zusammenarbeit mit Sozialisten und Volksrepublikanern.

Die Ende März stattfindenden Kantonalwahlen stellen kaum eine ernste Gefahr für die Regierung dar. Wahlsysteme und örtliche Einflüsse begünstigen die Regierungsparteien, die außerdem beschlossen haben, in allen erforderlichen Fällen Wahlbündnisse gegen Kommunisten und Gaullisten einzugehen.

Die Entscheidung fällt in der Wirtschaft. Entweder Frankreich findet in den nächsten Monaten ein erträgliches Gleichgewicht zwischen Preisen und Löhnen, oder es wird den Weg politischer Abenteuer gehen. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Sieg der Vernunft sind vorhanden. Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Weise sie ausgenützt werden.

Die Sprache von Merverode

sp. Wenn in einem zwölfgliederigen Vorstand und Arbeitsausschuß einer politischen Organisation acht Journalisten sitzen, dann sind ohne Zweifel von einem solchen Gremium geistig hochstehende Auseinandersetzungen zu erwarten. Fraglich ist, ob die Deutsche Union damit das erreichen wird, was sie anstrebt. August Haussleiter ist in dieser Hinsicht optimistisch; wo so viele Journalisten sind, könne es nicht schief gehen. Gleichwohl hat er selbst in Merverode den Unterschied zwischen dem geschriebenen und dem gesprochenen Wort demonstriert; als er im dreigliederigen Vorstand seinen Sitz einnahm, war es eher ein Sieg seines rhetorischen, denn seines journalistischen Pathos. Mit dem nüchternen, unpathetischen Hess und dem verbindlichen Baron von Stauffenberg wahrlich ein spannungsgeladenes Triumvirat, das berufen scheint, einem akademischen Debattierklub vorzuziehen, wie er sich in Merverode präsentiert hat. Minister Spiecker mag das gemerkt haben, als er für einen Nachmittag am Götetisch Platz nahm, um noch einmal vor dem 31. Januar die Chancen hüben und drüben abzuwägen. Wortlos hat er die Atmosphäre der schönen und geistreichen Worte verlassen. In seinem Entschluß, es doch mit Adenauer zu versuchen, ist er in Merverode nicht wankend geworden. Und Thomas Dehler mag das geehrt haben, als er sich mit dringenden Bonner Arbeiten entschuldigen ließ. Denn die Sprache von Merverode war zwar schön, aber es war nicht die Sprache des Volkes.